



Bis zu 80.000 Steirerinnen und Steirer sind als Spieler/innen oder deren Angehörige von Spielsucht betroffen. Trotzdem verweigern steirische Politiker seit Jahren Hilfsmaßnahmen für Spielsüchtige. Wenn in der Steiermark nur Automaten-Abgaben in der Höhe wie sie in Wien üblich sind eingeführt würden (1400 Euro pro Automat und Monat statt 462 Euro), gäbe es schon reichlich Mittel für Therapie und Hilfe.

GLÜCKSSPIELKONZERNE

nz Österreich

ministeriums bekommt man den Eindruck, dass man dort nicht über die Auswirkungen des Glücksspiels besorgt ist, sondern über den Abfluss von Geldmitteln in Spielhöhlen des benachbarten Auslandes", stellte Kaltenegger fest.

„Maßgeschneidert für Novomatic“

Die vorgelegte Novelle ist aus Sicht Kalteneggers auf die Interessen eines einzigen Konzerns zugeschnitten: Nur Novomatic kann die Auflagen für eine Konzession (50 Mio. Euro Eigenkapital) erfüllen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass ehemalige Aufsichtsratsmitglieder in der derzeitigen Bundesregierung tätig sind. Ernest Kaltenegger: *„Was Finanzminister Molterer hier vorlegt, ist verantwortungslos. In ganz Österreich wird die Zahl der*

Spielsüchtigen dramatisch ansteigen, mit allen bekannten negativen Folgen für die Betroffenen und die gesamte Gesellschaft.“

Spieler- und Datenschutz eine Farce

Zwar müssen die Betreiber laut Gesetzesentwurf ein Spielerschutzkonzept vorlegen und ihre Mitarbeiter/innen in Sachen Suchtprävention schulen, bei Nichteinhaltung drohen jedoch keinerlei Konsequenzen. Daten einzelner Spieler, die vorgeblich dem Spielerschutz dienen sollen, könnten genauso zur intensiveren Kundenbindung und Ausbeutung der Spielenden benutzt werden.

„Dieses Gesetz muss zurück an den Start!“, so die klare Aufforderung Kalteneggers an die Bundesregierung.



MEINUNG

Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Feuerwehr mit Benzinspritze

Niemand mehr kann heutzutage die Probleme mit der zunehmenden Spielsucht leugnen. Tausende Existenzen wurden dadurch schon zerstört, Familien in den Ruin getrieben, Menschen sind in die Kriminalität abgeglitten.

Unter dem Druck dieser Entwicklung und heftiger Kritik aus der Bevölkerung verspricht die Regierung Abhilfe. Der Finanzminister hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem die Spielsucht eingedämmt werden soll. Zugangsbeschränkungen und mehr Kontrollen werden versprochen. Doch ein genaueres Studium dieses Entwurfes lassen jedem kritischen Menschen die Haare zu Berge stehen!

Es ist, als ob dieses Gesetz in den Chefetagen eines großen österreichischen Glücks-

spielkonzerns entstanden wäre. So zum Beispiel sollen die zulässigen Höchstesätze pro Spiel gleich um den 20fache (!) angehoben werden. Damit ist es theoretisch möglich, innerhalb nur einer Stunde mehr als 3000 Euro am Geldspielautomaten zu verlieren. Dieser Gesetzesentwurf gleicht dem Versuch, einen Schwelbrand mit Benzin zu löschen.

Die Landesregierung hat jetzt noch die Gelegenheit mit einer negativen Stellungnahme den Finanzminister zur Rückziehung dieses skandalösen Entwurfes zu bewegen. Tut sie es nicht, muss sie sich wohl den Vorwurf der Komplizenschaft bei der Geschäftemacherei mit der Spielsucht gefallen lassen.

Ernest Kaltenegger,
Tel. 0316 / 877 51 04
ernest.kaltenegger@stmk.gov.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Mein Anlageberater hat mir empfohlen auch Schrauben, Zigarettentstummel und Kaugummireste mit ins Depot zu nehmen. Das wäre eine Anlage mit Risikostreuung, meinte er.

INHALT

Aus dem Landtag.....	4/5
Die Post zusperren?	6
Wenn Kredite platzen	7
Nützt die Arbeiterkammer?....	8/9
Infos zum Regress	10
Dicke Schlitten beim Land	15
Impressum.....	15
Banken plündern den Staat 16/17	
Geschenktipp, Tierecke.....	18/19
KPÖ- immer für Österreich	20
Wenig Geld fürs Obst	21
Kleinanzeigen/Leserbiefe ...	22/23
Hilfe bei hohen Heizkosten	24